

Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss

Sitzung am 6. Dezember 2010

TOP 2: Haushaltsentwurf 2011 / Anträge der Kreistagsfraktionen		
verantwortlich:		Drucksache 110/2010
Geschäftsbereich Finanzen		3 Anlagen
		22.11.2010
<u>Vorberatung:</u>	06.12.2010	Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss
<u>Beschlussfassung:</u>	13.12.2010	Kreistag
<u>Beschlussvorschlag:</u> siehe jeweilige Ziffer		

Inhaltsverzeichnis

I. Anträge der Kreistagsfraktionen	Seite	2
II. Zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen „Arbeitspapier“	Seite	8
III. Weitere zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen von außen u.a.	Seite	10
IV. Zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen in den Beratungen der Kreistagsausschüsse	Seite	12
V. Zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen in der Finanzplanung 2012 - 2014	Seite	15
VI. Zusammenfassung Veränderungen und Beschlussvorschlag	Seite	16
VII. Ausfallbürgschaft für Kreditaufnahme der Rems-Murr-Kliniken gGmbH	Seite	16
VIII. Noch erforderliche Beschlussfassungen im Kreistag	Seite	17
Anlage 1: Übersicht über die Änderungen der Planansätze		
Anlage 2: Übersicht Veränderungen Anträge Fraktionen		
Anlage 3: Anträge zum Haushalt		

I. Zur Behandlung im Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss am 06.12.2010 liegen folgende Anträge der Kreistagsfraktionen vor:

1) **Aufstellung, welche externen Gutachter- und Beratungsleistungen für das Haushaltsjahr 2011 geplant sind.**

FDP-FW

Stellungnahme der Verwaltung:

Für außerhalb der laufenden Verwaltungstätigkeit vorgesehene Gutachter- und Beratungsleistungen sind eingeplant:

- 60.000 Euro für die Fortführung der vom Kreistag im Dezember 2005 beschlossenen Organisationsuntersuchungen der Geschäftsbereiche
- 3.000 Euro für die weitere Unterstützung der Arbeit der Stellenbewertungskommission durch die GPA
- 189.200 Euro im Rahmen der Nachnutzung Klinikareale in Backnang und Waiblingen (vgl. u.a. VSKA v. 28.09.2009 u. 21.06.2010)

Beschlussvorschlag: Kenntnisnahme

2) **Aufstellung, welche laufenden Projekte wie z.B. Lernen vor Ort mit Fördermitteln (Umfang und Laufzeit) co-finanziert werden.**

FDP / FW

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei den im Folgenden dargestellten co-finanzierten Projekten handelt es sich um solche mit einem klar definierten Projektrahmen und –ziel.

THH	Produktgruppe	Projekt	Laufzeit	Co-Finanzierung Euro	Aufwendungen Euro	Eigenanteil Euro
THH01	11 14 Zentrale Funktionen	Bürgerforum mit europäischem Parlament	jährlich	12.000	13.000	1.000
THH01	57 10 Wirtschaftsförderung	Berufsausbildungsmesse FOKUS BERUF 11	bis 2013	108.000	108.000	0

THH	Produktgruppe	Projekt	Laufzeit	Co-Finanzierung Euro	Aufwendungen Euro	Eigenanteil Euro
THH01	57 10 Wirtschaftsförderung	Aktionstag Berufswelt	jährlich	10.000	13.000	3.000
THH01	57 10 Wirtschaftsförderung	Fachkräfteinitiative Career Walk	jährlich	2.200	2.500	300
THH01	57 50 Förderung von Naherholung und Tourismus	Winterkulturtag	jährlich	10.000	20.000	10.000
THH03	21 20 Bereitstellung / Betrieb von Sonderschulen	Schulfruchtprogramm	jährlich	7.000	7.000	0
THH03	27 10 Volkshochschulen	Bundesprojekt Lernen vor Ort	bis 2012	214.230	214.230	0
THH03	36 50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	Altersgemischte Integrationsgruppe im Schulkindergarten Schorndorf	unbefristet	106.300	106.300	0
THH07	55 40 Naturschutz und Landschaftspflege	Neophytenbekämpfung im Rottal	bis 2012	1.500	3.000	1.500
THH07	55 51 Landwirtschaft	Hagelflieger	bis 2011	210.000	260.000	50.000
THH07	56 10 Umweltschutzmaßnahmen	Klimaschutzkonzept	bis 2011	71.400	119.000	47.600
Summe				632.630	745.030	112.400

Beschlussvorschlag: Kenntnisnahme

3) Kürzung des Personalbudgets um 1.000.000 Euro (statt 600.000 Euro)

Freie Wähler

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Haushaltskommission wurde nicht nur intensiv das Personalkostenbudget beraten, sondern auch kräftig der Rotstift angesetzt. Gegenüber dem eigentlichen Bedarf von 57 Mio. Euro sind im Haushaltsentwurf noch 56,45 Mio. Euro veranschlagt. Neben den globalen Kürzungen um 550.000 Euro müssen weitere 133.000 Euro für die Stelle des Lebensmittelkontrolleurs (dafür sind Einnahmen veranschlagt) und die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge „aufgefangen werden.“

Noch mal zur Erinnerung: Das Personalkostenbudget für 2010 war mit 56,8 Mio. Euro veranschlagt und wurde dann global um 1,2 Mio. Euro auf 55,6 Mio. Euro gekürzt. Deshalb wurden bereits im Laufe des Jahres 2010 alle erdenklichen Sparmaßnahmen ergriffen, insbesondere die Stellenbesetzung – auch der vielen vom Kreistag neu geschaffenen Stellen – verzögert (etwa Pflegestützpunkt bis in den Dezember 2010 etc.), für 2011 müssen aber diese 19 neuen Stellen „voll finanziert“ werden. Dabei ist auch zu bedenken, dass bei einigen dieser Stellen auch Einnahmen gegenüber stehen (Kindergarten Pustebume, Lernen vor Ort, Pflegestützpunkt). Für die Vollveranschlagung dieser Stellen 2011 sind rund 360.000 Euro notwendig. Die Tarif- und Besoldungserhöhungen schlagen mit 755.000 Euro 2011 zu Buche und die Umlagen etc. mit 285.000 Euro – zusammen also 1,4 Mio. Euro.

Trotz dieser Mehraufwendungen liegen wir mit dem nun im Haushalt eingestellten Personalkosten um 350.000 Euro unter dem veranschlagten Budget für 2010. Dies bedeutet nicht nur, dass der Personaletat ein Risikoposten darstellt sondern auch, dass alle Möglichkeiten ergriffen werden müssen, um dieses Risiko in den Griff zu bekommen.

Für weitere globale Kürzungen sieht die Verwaltung keinen Spielraum.

Beschlussvorschlag: Ablehnung des Antrags

4) **Umstellung der Fahrtkosten zu den Kreistagssitzungen von Einzelvergütung auf Pauschale zugunsten des Amphibienschutzes**

Bündnis 90/ Die Grünen

Stellungnahme der Verwaltung:

Rechtliche Situation

1. Landesreisekostengesetz ist anzuwenden

Die Gewährung von Fahrtkostenerstattung ist eine „Kann-Bestimmung“ und richtet sich nach der Landkreisordnung (§ 15 Absatz 4) und der Satzung des Rems-Murr-Kreises über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit (§ 1). Demnach ist bei ehrenamtlich Tätigen die Reisekostenvergütung „nach den für Beamte geltenden Bestimmungen“ zu gewähren, wenn sich der Landkreis dafür entscheidet, Fahrtkostenerstattung zu gewähren. Das heißt, dass der Landkreis in der Gestaltung der Vergütung nicht frei ist, sondern das Landesreisekostengesetz als maßgebliche gesetzliche Regelung zu beachten hat.

Nach dem Landesreisekostengesetz besteht zwar die Möglichkeit einer pauschalierten Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung (§ 18). Die Pauschalierung ist dann allerdings „nach dem Durchschnitt der in einem bestimmten Zeitraum sonst anfallenden Einzelvergütungen zu bemessen“ und zwar für jeden Kreisrat gesondert. Das heißt, für jeden Kreisrat wäre ein Jahresdurchschnitt der seitherigen Fahrtkostenerstattung zu ermitteln, auf dessen Basis künftig ein Pauschalbetrag vom Kreis bezahlt werden müsste. Ob die Höhe der Pauschalierung auch künftig angemessen ist, wäre regelmäßig zu überprüfen.

2. Kein Mittelwert der Reisekosten aller Kreisräte möglich

Grundsätzlich sind dabei die tatsächlich entstandenen Kosten maßgeblich, und zwar für jeden Kreisrat persönlich betrachtet. Eine Pauschalierung in dem Sinne, dass jeder Kreisrat den Betrag für 6 Nahverkehrszonen als Erstattung für die Fahrtkosten zu einer Kreistagssitzung erhält, unabhängig davon, woher er anreist, ist deshalb nicht möglich. Die Pauschalierung darf auch nicht innerhalb des Kreistags als Gesamtgremium stattfinden, es darf also für die Erstattung kein Mittelwert zwischen den Reisekosten aller Mitglieder des Kreistags gebildet werden.

3. Pauschalierung zur Kosteneinsparung ist rechtlich ausgeschlossen

Im übrigen darf die Pauschalierung „nicht zum Zweck der Ermäßigung der Reisekostenvergütung festgesetzt werden“ (Ziffer 1 der Verwaltungsvorschrift zu § 18 Landesreisekostengesetz). Auch bei einer Pauschalierung müssen die tatsächlich entstandenen Kosten abgedeckt werden. Sie darf deshalb nur zur Verwaltungsvereinfachung, nicht jedoch zur Kosteneinsparung stattfinden.

Alternativen

Wenn es der Wille des Kreistags ist, auch im Bereich der Aufwandsentschädigung Kosten und Verwaltungsaufwand einzusparen, gäbe es die Möglichkeit, mit dem Sitzungsgeld pauschal allen Aufwand der Kreisräte abzugelten. Hierfür wäre eine Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit notwendig. Eine individuelle Fahrtkostenabrechnung würde dann nicht mehr erfolgen. Damit wäre die aufwändige Rechen- und Erfassungsarbeit nach jeder Sitzung und die Kontrolle durch die Kreisprüfung hinfällig. Dies wäre am Verwaltungsaufwand deutlich spürbar. Falls die dann im Sitzungsgeld abgegoltene „Pauschale“ niedriger festgesetzt würde als der bisherige tatsächliche Aufwand (ca. 13.500 Euro pro Jahr), könnte diese dem Amphibienschutz oder anderen Projekten zugute kommen. Dass mit dem Vorschlag von B90/Die Grünen eine nur geringe Einsparung pro Jahr erzielt werden könnte, zeigt die auf der nächsten Seite stehende Aufstellung.

Nachrichtlich: Fahrtkosten pro Sitzung/Einsparmöglichkeiten

jährliche Fahrtkosten 5 Kreistage/1 Klausur <u>rd. 7.276 Euro</u>	jährliche Fahrtkosten Ausschüsse/ Kommissionen <u>rd. 6.214 Euro</u>
Vorschlag B90/Die Grünen (so rechtlich nicht möglich):	
6 VVS-Zonen 13,30 Euro: rd. 6.942 Euro (4er Ticket 12,50 = 6.528 Euro) <u>Einsparung rd. 300 Euro</u>	Pauschale i.H. des VVS-Preises individuell von Wohnort – Landratsamt berechnet: halbiert in etwa die o.g. Kosten, <u>Einsparung etwa 3.000 Euro</u>
Beschlussvorschlag: Entscheidung des Kreistags	

- 5) **Immobilienmanagement; rückwirkend ab 2008 jährliche Soll-Ist-Aufstellung zwischen der vertraglichen Regelung des Miet- und Servicevertrags und den tatsächlich eingesetzten Sanierungsmitteln.**

FDP-FW**Stellungnahme der Verwaltung:****§ 16 Abs. 3 Miet- und Servicevertrag:**

„Die RMIM verpflichtet sich, diese baulichen Defizite (Sanierungsrückstau) zügig zu beseitigen bzw. beseitigen zu lassen und sich dabei in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht mit dem RMK abzustimmen. Es wird seitens des RMK angestrebt, zum Abbau des Sanierungsrückstaus jährlich etwa einen Prozentpunkt der Kreisumlage zur Verfügung zu stellen. Die Entscheidung hierüber trifft jährlich der Kreistag mit der Beschlussfassung über den Haushaltsplan/ die Haushaltssatzung des Folgejahres.“

Jahr	1%-Punkt Kreisumlage	Planansatz	Rechnungs- ergebnis
2008	3.890.000 €	3.000.000 €	3.000.288 €
2009	4.151.000 €	5.370.000 €	4.760.678 € *
2010	4.458.000 €	2.625.000 €	
2011	4.019.000 €	2.370.000 €	

* davon im Rahmen des Konjunkturprogramms: 2.350.000 Euro
Rechnungsergebnis: 600.000 Euro Sperre bei Umsetzung v. Energiekonzepten

Nachdem nahezu alle Investitionen über Kredite finanziert werden müssen, wurden die Mittel entsprechend der Haushaltslage bereitgestellt.

Bei der Unterhaltungspauschale an die RMIM für Gebäudeunterhaltung wurden 2011 2,1 Mio. Euro eingeplant. Dies bedeutet eine Reduzierung gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. Euro. Dieser Betrag wird nun von der RMIM für den Abbau des Sanierungsrückstaus verwendet.

Beschlussvorschlag: Kenntnisnahme

- 6) **Auftrag an die Verwaltung, evtl. gemeinsam mit anderen Landkreisen oder dem Landkreistag Vorschläge zur Lösung der grundsätzlichen Finanzierungsproblematik der Landkreise zu entwickeln, die sich aufgrund des starken Kostenanstiegs der Sozial- und Jugendhilfe ergeben.**

FDP-FW

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Bund und die kommunalen Spitzenverbände versuchen im Rahmen der Arbeit der Gemeindefinanzkommission, ein einvernehmliches Ergebnis für alle Beteiligten zu erzielen. Der Bundesminister der Finanzen bekräftigte die grundsätzliche Bereitschaft des Bundes, im Zusammenhang mit den Beratungen in der Gemeindefinanzkommission die Kommunen von Aufwendungen für soziale Leistungen zu entlasten, zum Beispiel bei der Grundsicherung im Alter und für dauerhaft Erwerbsgeminderte. Diese Bereitschaft wurde von den kommunalen Spitzenverbänden begrüßt.

Der Bundesminister der Finanzen und die kommunalen Spitzenverbände werden nun zunächst die erörterten Maßnahmen in den zuständigen Gremien diskutieren. Es bleibt abzuwarten, welche (dringend notwendigen) Entlastungen für die Landkreise erfolgen werden.

Beschlussvorschlag: Kenntnisnahme

- 7) **Kreisumlage**

CDU Hebesatz 41,0%, Wenigererträge 0,4 Mio. Euro

FDP-FW Hebesatz 41,0 %, Wenigererträge 0,4 Mio. Euro

Bündnis 90/Die Grünen 41,6 %, Mehrererträge 2,0 Mio. Euro, beantragt zur Schuldentilgung

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsgespräche wurden insbesondere bei den größten Haushaltspositionen wie Jugendhilfe und Sozialhilfe die Ansätze am absolut unteren Ende festgelegt und damit erhebliche Haushaltsrisiken eingegangen.

Angesichts dieser Risiken und der Tatsache, dass nahezu alle Investitionen mit Schulden bezahlt werden müssen, warnt die Kreisverwaltung davor, die Finanzen durch eine noch stärkere Senkung des Kreisumlage-Hebesatzes weiter zu schwächen.

Beschlussvorschlag: Entscheidung des Kreistags

II. Zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen – „Arbeitspapier“ (vgl. DS 83/2010 a)
**Haushaltsentwurf 2011
 Weitere Änderungen/Konsolidierungsvorschläge Stand 08.10.2010**

Prod. bereich	Bezeichnung	Erträge Euro	Aufwendungen Euro
Veränderungen Ergebnishaushalt			
THH 01-08	Änderung Kürzungen Freiwilligkeitsleistungen (Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss vom 27.09.2010 und Haushaltskonsolidierung vom 04.10.2010)		-102.000
THH 01-08	HHKonsolidierung 04.10.2010 Änderungen (ohne Freiwilligkeitsleistungen)	30.000	-72.000
THH04 11	Querschnitt GB Finanzen Bewirtschaftung der Gebäude – RMIM		-176.000
THH06 54 21	Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz Umlage Verband Region Stuttgart Umlage Verband Region Stuttgart Schülerbef. (Haushaltsentwurf Verband Region Stgt., Einbringung am 29.09.2010)		-983.000 -72.000
THH08 31 36	Soziales, Jugend und Gesundheit SGBII (Reduzierung BGs) Erhöhung Bafög-Anteil v. 1,1 Mio. auf 2,1 Mio. Euro Leistungen Jugendhilfe	-160.000 1.000.000	-560.000 -600.000
THH09 61	Finanzwirtschaft Grunderwerbsteuer Kreisumlage (Hebesatz: 41,6 %) (Hebesatz 2010: 35,5 %; 2011 Entwurf: 42,6%)	500.000 -4.019.000	
	S U M M E Veränderung Ergebnishaushalt	-2.649.000	-2.565.000
	Veränderung Tilgungsanteil im Finanzhaushalt (aus Ergebnishaushalt finanziert)		-84.000
	S A L D O Ergebnishaushalt		0

		Einzahlungen Euro	Auszahlungen Euro
Veränderungen Finanzhaushalt			
	<u>Veränderungen Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>	-2.649.000	-2.565.000
THH	<u>Investitionstätigkeit</u>		
01-08	Änderung Kürzungen Freiwilligkeitsleistungen (Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss vom 27.09.2010 und Haushaltskonsolidierung vom 04.10.2010)		-4.000
THH	HHKonsolidierung 04.10.2010		
01-08	Änderungen		-310.000
THH06	Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz		
54	Umlage Verband Region Stuttgart (Haushaltsentwurf Verband Region Stgt., Einbringung am 29.09.2010)		-219.000
	Summe Investitionstätigkeit	0	-533.000
	<u>Finanzierungstätigkeit</u>		
61	Kredite vom Kreditmarkt	-449.000	
S U M M E Veränderung Finanzierungsmittelbedarf		-3.098.000	-3.098.000
S A L D O Finanzhaushalt		0	

III. Weitere zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen von außen u.a.

A) Erträge Ergebnishaushalt

	seither Euro	neu Euro	Differenz Euro
<u>THH 04 Querschnitt GB Finanzen</u> Erträge Parkhaus Klinik Backnang (werden künftig der RMG zugeordnet)	106.000	0	-106.000
<u>THH 08 Soziales, Jugend, Gesundheit</u> Erstattung vom Bund für SGB II (Neu 28,5 %, Alt 28,3 %)	12.453.000	12.540.000	+87.000
<u>THH 09 Finanzwirtschaft</u> Schlüsselzuweisungen vom Land	29.471.000	30.881.000	+1.410.000
Zinseinnahmen Darlehen DRK (zinsloses Darlehen, Verrechnung mit Zuschuss entfällt, da keine Unterbringung im Gesundheitszentrum Backnang erfolgt)	20.000	0	-20.000
Zinseinnahmen Darlehen RMG (zinsloses Darlehen, Verrechnung mit Zuschuss)	0	27.000	27.000

B) Aufwendungen Ergebnishaushalt

	seither Euro	neu Euro	Differenz Euro
<u>THH 04 Querschnitt GB Finanzen</u> Aufwendungen Parkhaus Klinik Backnang (werden künftig der RMG zugeordnet)	32.000	0	-32.000
Zuschuss an RMG (zinsloses Darlehen, Verrechnung mit Zinseinnahmen)	0	27.000	27.000
<u>THH 06 Verkehr, Recht, Ordnung, Verbraucherschutz</u> Umlage VRS (vorbehaltlich des Beschlusses durch den VRS und einer 100% Zuordnung zum Ergebnishaushalt)	8.996.000	8.431.000	-565.000
<u>THH 07 Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht</u> Zuschuss an DRK (zinsloses Darlehen, Verrechnung mit Zinseinnahmen entfällt, da keine Unterbringung im Gesundheitszentrum Backnang erfolgt)	41.400	21.400	-20.000
<u>THH 08 Soziales, Jugend, Gesundheit</u> Zuschüsse für Freizeiten (lediglich 10%ige Kürzung ggü. DS 83/2010a)	192.000	216.000	24.000
		Saldo	-1.964.000

C) Veränderung Sonderergebnis

	seither Euro	neu Euro	Differenz Euro
<u>Außerordentliche Erträge</u> <u>THH 04 Querschnitt Finanzen</u> Verkauf v. Grundstücken	527.000	15.000	-512.000
<u>Außerordentliche Aufwendungen</u> <u>THH 04 Querschnitt Finanzen</u> Verkauf v. Grundstücken	1.316.000	820.000	-496.000
		Saldo	16.000

Reduzierung der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen durch Verzicht auf eine Übertragung der Pflegeschule in Backnang an die RMG.

D) Veränderungen Finanzhaushalt

	seither Euro	neu Euro	Differenz Euro
<u>Veränderungen Zahlungsmittelbedarf</u> <u>aus lfd. Verwaltungstätigkeit</u> Einzahlungen			+1.398.000
Auszahlungen			-566.000
		Saldo	-1.964.000

<u>Einzahlungen Investitionstätigkeit</u>			
<u>THH 04 Querschnitt GB Finanzen</u> Grundstückserlöse (entfallen, nachdem die Grundstücke als Kapitaleinlage in die RMG eingebracht werden)	1.940.000	0	-1.940.000
Rückflüsse (Tilgung) aus Gesellschafterdarlehen an RMG	0	33.000	33.000
<u>THH 05 Forst und Straßen</u> Zuschuss Erwerb Fahrzeug Pflegetrupps	0	20.000	20.000
<u>THH 07 Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht</u> Zuschuss Erwerb Fahrzeug Pflegetrupps	20.000	0	-20.000

<u>Auszahlungen Investitionstätigkeit</u>			
<u>THH 04 Querschnitt GB Finanzen</u> Gesellschafterdarlehen an RMG	1.940.000	1.200.000	-740.000
<u>THH 05 Forst und Straßen</u> Erwerb Fahrzeug Pflegetrupps	0	40.000	40.000
<u>THH 07 Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht</u> Erwerb Fahrzeug Pflegetrupps	40.000	0	-40.000
Darlehen an DRK (entfällt, da keine Unterbringung im Gesundheitszentrum Backnang erfolgt)	1.337.000	0	-1.337.000
		Saldo aus Investitionstätigkeit	-170.000

	seither Euro	neu Euro	Differenz Euro
<u>Finanzierungstätigkeit</u> Einzahlungen			-170.000
<u>Finanzhaushalt Verpflichtungsermächtigungen</u> PHV – Nachnutzung Klinik Backnang	80.000	140.000	60.000

IV. Zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen in den Beratungen der Kreistagsausschüsse

A) Sozialausschuss am 22.11.2010

Den durch das Arbeitspapier vorgeschlagenen Änderungen wurde zugestimmt.

	seither Euro	neu Euro	Differenz Euro
<u>Erträge Ergebnishaushalt</u> <u>THH 08 Soziales, Jugend, Gesundheit</u> Einnahmen aus BAföG	1.100.000	2.100.000	1.000.000
<u>Aufwendungen Ergebnishaushalt</u> <u>THH 08 Soziales, Jugend, Gesundheit</u> Zuschuss Erlacher Höhe	162.500	146.500	-16.000
Zuschuss an Tagesstätten für psychisch kranke Menschen	190.000	171.000	-19.000
Zuschuss Täter-Opferberatung	90.000	81.000	-9.000
Zuschüsse für Ferienfreizeiten von Menschen mit Behinderung	73.000	67.000	-6.000
Reduzierung des Nettoaufwands bei den Kosten der Unterkunft im Bereich SGB II			-400.000

B) Jugendhilfeausschuss am 29.11.2010

Den durch das Arbeitspapier vorgeschlagenen Änderungen wurde mit unten stehender Änderung zugestimmt:

	seither Euro	neu Euro	Differenz Euro
Aufwendungen Ergebnishaushalt <u>THH 08 Soziales, Jugend, Gesundheit</u> Reduzierung des Nettoaufwands im Leistungsbereich			- 600.000
Richtlinien zur Bezuschussung von allgemeinen Erholungsmaßnahmen, internationalen Jugendbegegnungen und Studienfahrten sowie Jugendgruppenleiter/innenlehrgängen und Mitarbeiter/innenschulungen (abweichender Beschluss zum Vorschlag 20%-Kürzung lt. Arbeitspapier)	240.000	216.000	- 24.000
Richtlinien zur Förderung von Gemeinwesenprojekten	50.000	45.000	- 5.000
Zuschuss an Kreisdiakonieverband für Jugendmigrationsdienst	30.000	27.000	- 3.000
Zuschuss an Kreisdiakonieverband für Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen	119.000	107.300	- 11.900
Europapreis	1.000	0	- 1.000

C) Umwelt- und Verkehrsausschuss am 29.11.2010

Den durch das Arbeitspapier vorgeschlagenen Änderungen wurde zugestimmt:

	seither Euro	neu Euro	Differenz Euro
<u>Aufwendungen Ergebnishaushalt</u>			
<u>THH 05 Forst und Straßen</u> Pflegetrupp (Kürzung bzw. Erhebung v. Kostenersatz)			- 30.000
<u>THH 07 Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht</u> Amphibienbestandsaufnahme	19.000	0	- 19.000
Öffentlichkeitsarbeit Umweltschutz	3.000	0	- 3.000
Zuschüsse für Naturschutz und Landschaftspflege	8.000	5.000	- 3.000
<u>THH 06 Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz</u> Umlage VRS Umlage VRS (vorbehaltlich noch ausstehende Beschlussfassung VRS)			- 1.055.000 - 565.000
<u>Auszahlungen Finanzhaushalt</u> Veränderung des Tilgungsanteils			- 84.000
<u>Auszahlungen Finanzhaushalt investiv</u>			
<u>THH 05 Forst und Straßen</u> Reduzierung der Straßenbaumittel (Brücken und Stützmauern, K 1846 Nellmersbach – Erbstetten, Kanal- und Randsteinbeiträge)			- 220.000
<u>THH 06 Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz</u> Umlage VRS			- 135.000

V. Zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen in der Finanzplanung 2012 – 2014
(wegen neuen Vorgaben durch die November-Steuerschätzung)

Ergebnishaushalt

Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitions- zuwendungen und -beiträge	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Entwurf	214.611.000	229.949.000	223.392.000
neu	214.611.000	230.236.000	223.122.000
Differenz	0	287.000	-270.000
Transferaufwendungen			
Entwurf	11.496.000	10.270.000	10.970.000
neu	11.496.000	10.557.000	10.700.000
Differenz	0	287.000	-270.000
Summe Änderungen Erträge	0	287.000	-270.000
Summe Änderungen Aufwände	0	287.000	-270.000
Saldo	0	0	0

Finanzhaushalt

Veränderungen Zahlungsmittelbedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Einzahlungen	0	287.000	-270.000
Auszahlungen	0	287.000	-270.000
Saldo Finanzhaushalt	0	287.000	-270.000

Investitionstätigkeit

<u>THH 04 Querschnitt GB Finanzen</u>	2012	2013	2014
Nachnutzung Klinik Backnang			
Entwurf	80.000	1.500.000	0
neu	140.000	1.500.000	0
Differenz	60.000	0	0
BSZ WN - Div. Baumaßnahmen			
Entwurf	630.000	578.000	630.000
neu	570.000	578.000	630.000
Differenz	-60.000	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0

VI. Zusammenfassung Veränderungen und Beschlussvorschlag

Aus den Veränderungen unter II., III. und IV. ergibt sich im Ergebnishaushalt beim ordentlichen Ergebnis eine Deckungslücke in Höhe von 45.000 Euro bei einem Kreisumlagehebesatz von 41,1%. Die Verwaltung schlägt eine Deckung über Mehrerträge bei der Grunderwerbssteuer vor.

Das veranschlagte Sonderergebnis verändert sich im Saldo um 16.000 Euro.

Im Finanzhaushalt ergibt sich durch die Veränderungen eine Reduzierung der Kreditaufnahme um insgesamt 619.000€.

Die Verwaltung schlägt vor, abweichend vom Beschluss des Jugendhilfeausschusses am 29.11.2010 die Zuschüsse für Freizeiten (Richtlinien zur Bezuschussung von allgemeinen Erholungsmaßnahmen etc.), wie bereits vom Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss am 27.09.2010 beschlossen, um 20% zu kürzen.

Bei einer Festlegung des Kreisumlagehebesatzes auf 41,0% ergibt sich eine Deckungslücke von 447.000 Euro, entsprechende Deckungsvorschläge fehlen noch.

Beschlussvorschlag und Beschlussempfehlung an den Kreistag:

- 1.) Der Kreistag beschließt über die Kreisumlagehöhe.
- 2.) Abweichend vom Beschluss des Jugendhilfeausschusses am 29.11.2010 wird die Kürzung bei den Zuschüssen für Freizeiten (Richtlinien zur Bezuschussung von allgemeinen Erholungsmaßnahmen etc.) in Höhe von insgesamt 48.000€ beschlossen.
- 3.) Den unter II - V aufgeführten Änderungen (ohne Kreisumlage) einschließlich eventueller Änderungen aus lfd. Nr. 2) sowie dem sich daraus ergebenden Deckungsvorschlag unter VI. wird (vorbehaltlich der Beschlussfassung des Verbands Region Stuttgart) zugestimmt.

VII. Ausfallbürgschaft für Kreditaufnahme der Rems-Murr-Kliniken gGmbH

Für die von der Rems-Murr-Kliniken gGmbH benötigten Kredite für Investitionen (Weiterentwicklung Standort Schorndorf: Brandschutz, Wärmetauscher, Stationssanierung) in Höhe von 1.700.000 Euro sollte der Landkreis die Ausfallbürgschaft übernehmen, damit die gGmbH von den günstigen Kommunalkreditkonditionen profitiert. Hierfür ist jährlich die Genehmigung durch das Regierungspräsidium Stuttgart erforderlich.

Beschlussvorschlag und Beschlussempfehlung an den Kreistag:

Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Kredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH für Investitionen in Höhe von 1.700.000 Euro im Jahre 2011 wird zugestimmt.

VIII. Noch erforderliche Beschlussfassungen im Kreistag

Voraussichtlich sind nach dem Verwaltungs-, Schul und Kulturausschuss am 06.12.2010 noch folgende Beschlussfassungen im Kreistag am 13.12.2010 erforderlich:

1. Zustimmung zu den bisher von außen und durch Beschlüsse der Kreistagsausschüsse entstandenen finanziellen Veränderungen (s. diese Drucksache Ziff. II - VI).
2. Ausfallbürgschaft für Kreditaufnahme der Rems-Murr-Kliniken gGmbH (s. diese Drucksache Ziff. VII)
3. Entscheidung über den Hebesatz der Kreisumlage.
4. Entscheidung über die Höhe der Kürzung des Zuschusses für Freizeiten.